



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 1/2011  
Januar 2011

**„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“**

**(Hermann Hesse)**

Liebe Leserinnen und Leser!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes und "zauberhaftes" Jahr 2011. Möge es viel Kraft, Gesundheit und Freude mit sich bringen!

### Aktionsplan Verbraucherschutz vorgestellt

Obwohl die Kompetenz eigentlich bei den Ländern liegt, hat die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, jetzt reagiert und einen Aktionsplan Verbraucherschutz in der Futtermittelkette vorgestellt, mit dem erkannte Defizite aufgegriffen und beseitigt werden sollen.

Der Aktionsplan sieht vor, die Sicherheitsstandards in der Futtermittelkette deutlich zu erhöhen und die Melde- und Kontrollpflichten zu verschärfen. Der Maßnahmenkatalog umfasst ferner eine rechtlich verbindliche Positivliste, eine Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, eine strikte Trennung der Produktionsströme, die Ausweitung rechtlicher Vorgaben für die Futtermittelkontrolle, eine Meldepflicht für private Labors, die Pflicht zum Abschluss von Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherungen für Futtermittelhersteller und eine Überprüfung des Strafrahmens bei Verstößen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch. Zudem muss das Dioxin-Frühwarnsystem ausgebaut, die Transparenz für Verbraucher erhöht und die Qualität der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung der Länderbehörden grundlegend verbessert werden.

>>> Den „Aktionsplan Verbraucherschutz in der Futtermittelkette“ finden Sie auf meiner Homepage.

### Bildungspaket erneut vertagt

Die erste Sitzung des Vermittlungsausschusses in diesem Jahr hat noch kein Ergebnis bei der Frage der Regelsätze und des Bildungspakets gebracht. Kommen Donnerstag werden die Beratungen fortgesetzt. Dann ist eine Einigung aber zwingend erforderlich, damit am 11. Februar der Bundesrat das Gesetz verabschieden kann. Die Betroffenen müssen endlich Gewissheit bekommen und die Kinder vom Bildungspaket profitieren.



### Winterbericht von Verkehrsminister Ramsauer

2010 hatten wir den kältesten Dezember seit 40 Jahren. Auch in Thüringen kam es zu rekordverdächtigen Schneemengen. Die Folge waren erhebliche Störungen und Behinderungen des gesamten Verkehrs. Trotz vorbereitender Maßnahmen wurden erneut Mängel offensichtlich.

Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer hat in dieser Woche einen Bericht vorgelegt, in dem er die Auswirkungen des Wintereinbruchs analysiert sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen aufzeigt.

Im Bericht wird deutlich: Gerade im Bahnverkehr haben die Vorbereitungen auf die winterlichen Verhältnisse offensichtlich nicht ausgereicht.

Im vergangenen Dezember waren weniger als 70 Prozent der Fernzüge pünktlich.

Es muss in alle Verkehrswege und Verkehrsträger investiert werden. Ramsauer will für die Beseitigung von Winterschäden auf Autobahnen und Bundesstraßen in diesem Jahr 2,2 Milliarden Euro einsetzen.

Eine maximale Prävention vor schwierigen Verhältnissen ist zwar nicht finanzierbar. Aber es muss diskutiert werden, wie der Verkehr in Deutschland auch unter extremen Wetterbedingungen sicherer und verlässlicher gemacht werden kann.

Die Winterreifenpflicht für PKW war dabei schon ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

>>> Den kompletten „Winterbericht“ finden Sie auf meiner Homepage.

### **Absenkung der Solarvergütung wird vorgezogen**

Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen hat einen Vorschlag für eine vorgezogene Absenkung der Vergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen vorgelegt. Es ist im Interesse der Verbraucher, dass die Förderung der Erneuerbaren Energien, die sie mit jeder Stromrechnung bezahlen, so effizient wie möglich ist. Alle Experten sagen für 2011 wieder einen extrem starken Zubau bei Photovoltaikanlagen voraus. Damit ist klar, dass die bisherige Förderung zu hoch ist und gekürzt werden kann, ohne die Ausbauziele zu gefährden. Dies muss jetzt schnell und eindeutig geschehen, um Unsicherheiten im Markt zu vermeiden.

Die bizarren Untergangsszenarien, die auch in Thüringen vor einem Jahr an die Wand gemalt wurden, haben sich alle nicht bewahrheitet. Die Photovoltaik verzeichnete trotz der Kürzung der Einspeisevergütung einen Rekordzubau und die EEG-Umlage erreichte eine Rekordhöhe.

Es ist sehr zu begrüßen, dass auch die Branche sich nunmehr diesen Erkenntnissen nicht länger verschlossen hat: „Die Solarbranche hat ein Interesse, die Umlage zu begrenzen“, sagt auch der Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energien, Björn Klusmann.

---

### **Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetz**

Die Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie macht eine Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) erforderlich. Der dazu vom Bundesumweltministerium vorgelegte Referentenentwurf verfolgt das Ziel, die kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle unter Einhaltung des EG-Rechts zu präzisieren. Das deutsche Abfallrecht soll so stärker am Klima- und Ressourcenschutz ausgerichtet, rechtssicherer gestaltet und durchgreifend modernisiert werden.

Um das Ressourcenpotential werthaltiger Abfälle aus privaten Haushalten effektiver und hochwertiger zu nutzen, schafft der Gesetzentwurf die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer "Wertstofftonne", mit der Verpackungen und stoffgleiche Nicht-Verpackungen gemeinsam erfasst und einem Recycling zugeführt werden sollen. Die Zuständigkeit kommunaler und privater Entsorgung wird klarer ausgestaltet und stärker an den Anforderungen des Ressourcenschutzes ausgerichtet.

---

### **Weiter Schwierigkeiten bei ELENA**

Das noch auf die rot-grüne Bundesregierung zurückgehende Projekt ELENA ("elektronischer Entgeltnachweis") bleibt eine bürokratische und finanzielle Belastung vor allem für die mittelständische Wirtschaft. Nach der Verlängerung der Testphase bis 2014 müssen viele Arbeitgeber weiterhin jeden Monat sowohl elektronische Meldungen für Ihre Arbeitnehmer abgeben als auch Papierformulare ausfüllen. Mit einer raschen endgültigen Einführung des Verfahrens ist nicht mehr zu rechnen. Dabei ist die Ursprungsidee, Medienbrüche mit ELENA zu verhindern, im Kern richtig. Die elektronische Personalbearbeitung des Arbeitgebers und die elektronische Sachbearbeitung in den Behörden muss noch immer durch den traditionellen Informationsträger Papier überbrückt werden.

Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) möchte sich des Themas komplett entledigen und die Federführung an Bundesarbeitsministerin von der Leyen übergeben. Die Ministerin würde unter gewissen technischen und finanziellen Voraussetzungen die Verantwortung übernehmen, wenn der Wirtschaftsminister seine Unterstützung zusagt. Mit dem Wechsel ist die Hoffnung auf eine erfolgreiche endgültige Einführung von ELENA und eine für Unternehmen einfachere Handhabung verbunden.

---

### **Termine**

>>> Der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Herr **Staatsminister Bernd Neumann**, diskutiert am **27. Januar 2011, 19.00 Uhr**, mit interessierten Bürgern zum Thema „**Im Bund mit der Kultur**“. Veranstaltungsort ist Petersberg 3 in den Räumen des Thüringer Folklore Ensembles Erfurt.

>>> Im Rahmen des „Erfurter Energie Dialogs“ diskutiert die **Parl. Staatssekretärin, Frau Katherina Reiche**, über das **Energiekonzept der Bundesregierung**. **16. Februar 2011, 18.00 Uhr**, im Kommunalen Dienstleistungszentrum der Stadtwerke Erfurt Gruppe, Magdeburger Allee 34.

Eine Anmeldung im Bürgerbüro von Antje Tillmann ist erforderlich!

---

### **Impressum**

**Antje Tillmann MdB**  
antje.tillmann@bundestag.de  
Redaktion: Johannes Nehlsen, 21. Januar 2011

---